

Krisenbewältigung und Prävention bei Klimakrise und Corona-Pandemie: Was integrierte, strategische Sozialplanung leisten kann

Vier Beispiele zum Beitrag kommunaler Sozialplanung in Nordrhein-Westfalen

Ereignisse wie die Corona-Pandemie, die Überschwemmungen im Juli 2021 in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz, Hitzeperioden in den Sommern oder Zuwanderungsströme im Rahmen des Syrien- und Ukraine-Krieges führen uns deutlich vor Augen, dass Gesellschaft, Verwaltung und Politik nur ungenügend auf Krisen vorbereitet sind. Bereits jetzt wird erwartet, dass Krisen in ihrer Häufigkeit und Frequenz zunehmen. Kernelement dieser Ereignisse

ist, dass reaktives, schnelles und zugleich präzises Handeln notwendig wird. Krisen als Ausnahmesituationen mit besonderen Anforderungen lehren uns, wo und an welchen Stellen Systeme nur unzureichend ineinandergreifen, Wissenstransfer nicht lückenlos funktioniert und rasches Eingreifen erschwert oder kaum möglich ist. Politische und gesellschaftliche Handlungsoptionen zu erhalten oder neu zu entwickeln, ist dabei noch herausfordernder als ohnehin schon.

Zudem ist die Suche nach kurzfristig greifenden Lösungen, Handlungsmöglichkeiten und Perspektiven komplex und häufig von großem zeitlichen und auch von finanziellem Druck begleitet. Und Krisen betreffen nicht alle Bürger*innen gleichermaßen: Insbesondere die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass die Auswirkungen der Krisen(zeiten) Menschen, die von Armut bedroht oder betroffen sind, verstärkt betreffen und deren Möglichkeiten zur Gestaltung von Alltag und sozialer Teilhabe einschränken.

Ein erster Ansatz ist, zügige unkomplizierte Hilfe, getragen von vielen bürgerschaftlichen Schultern, zu unterstützen, wie es nach der Flutkatastrophe in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz in zahlreichen nachbarschaftlichen Unterstützungen und Hilfsaktionen der Fall war. An diesem Beispiel wurde aber vor allem auch die Notwendigkeit für strukturelle, strategische Veränderungen offensichtlich.

Hinter der Suche nach strukturellen Lösungsmöglichkeiten steht damit vor allem die Frage nach Ressourcen, um Krisenprävention und -reaktion zu stärken. Es gilt zum einen strategische Verfahrensweisen und Planungen und zum anderen bauliche und soziale Rahmenbedingungen kleinräumig so zu gestalten, dass gut funktionierende Netzwerke, valides Planungswissen und resiliente Quartiere entstehen, die in Notsituationen Handlungsoptionen und Lösungen bereithalten. All dies umfasst integrierte, strategische Sozialplanung.

Zudem ist es an der Zeit, sich von einer reaktiven Strategie verstärkt einer präventiven Strategie zuzuwenden und dabei weiterhin alle Bürger*innen einer Kommune im Blick zu haben, insbesondere aber vulnerable und benachteiligte Zielgruppen. Dabei zeigen Pandemie und Wetterlagen, dass Gesundheit, Umwelt und soziale Lage noch stärker als bisher zusammengedacht werden sollten.

Wie die strategische Planung des Sozialen, also die integrierte, strategische Sozialplanung in Kommunen dabei hilfreich und eine zentrale Unterstützung sein kann, zeigen die vier guten Beispiele mit ihren Aktivitäten in Krisensituationen der jüngsten Zeit in diesem Handout. Integrierte, strategische Sozialplanung mit partnerschaftlichen Netzwerkstrukturen, einer breit aufgestellten und aktuellen Datenbasis, die auf Abruf zur Verfügung steht, und der zielgerichteten, kooperativen Entwicklung von Sozialräumen bietet bewährte Ansätze, um ad-hoc eine Situation handhabbar zu machen. Das Besondere an diesem Handout: Jedes der vier Beispiele steht für sich und kann einzeln aus diesem Dokument extrahiert werden.

Zusätzlich hat jede der Kommunen einen besonderen Schwerpunkt in der Sozialplanung als Kriseninstrument. Sie ergänzen sich und werden im Fazit zusammengefügt.

AUTORIN**Ann-Kristin Reher**

Projekt Armutsbekämpfung und Sozialplanung

a.reher@gib.nrw.de

Vielen Dank für die freundliche Unterstützung gilt:

Andrea Schumacher, Günter Schlanstedt, Carolin Trappmann
und Heike Möller

Die Beispiele der Städte Köln, Neuss, Velbert und Oberhausen wurden im Rahmen der Veranstaltung „Corona, Klima, Krise – Zeit für integrierte (Sozial-)Planung“ aus der Veranstaltungsreihe Sozialplanung des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales in Kooperation mit der G.I.B. NRW am 25. November 2021 vorgestellt.

Der vorliegende Text basiert auf den Inhalten und Aussagen der Referent*innen und ist aus einem Artikel von Frank Krupop im G.I.B.INFO 1_22 hervorgegangen.

Stadt Neuss

Umfangreicher Werkzeugkasten im Alltag
entwickelt – in der Krise bewährt



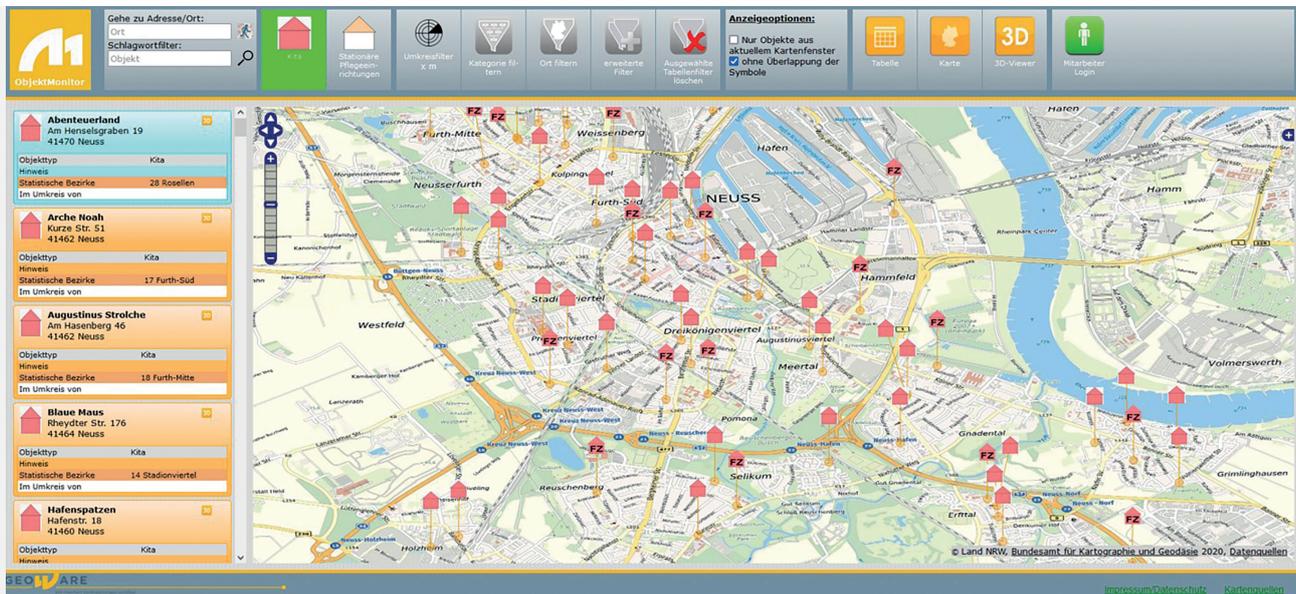
live Visualisierung © Christoph Illigens

1997 hat sich die kreisangehörige Stadt Neuss entschieden, Sozialplanung mit einer Vollzeitstelle zu implementieren. Seitdem wurden die analoge und digitale Datenaufbereitung, Netzwerkstrukturen, Beteiligung der Träger der Freien Wohlfahrtspflege und die integrierte Zusammenarbeit stetig weiterentwickelt. Seit 2006 verantwortet Andrea Schumacher, Sozialplanerin der Stadt, die Umsetzung.

Alle drei Jahre veröffentlicht die Sozialplanung in Neuss den „Sozial- und Jugendbericht“. Der Bericht und ein digitaler Sozialatlas, das heißt eine Darstellung von Bedarfen und Angeboten in einem geografischen Informationssystem sind die regelmäßigen Produkte der Sozialplanung. Von Anfang an wurde der Neusser Sozial- und Jugendbericht als Informationsgrundlage für Verantwortliche in Politik, Verwaltung und Gesellschaft und als öffentlich zugängliches Instrument entwickelt. Abgesichert wurden das Produkt und der öffentliche Umgang mit den Daten und Inhalten der Berichte durch einen politischen Beschluss zu Beginn. Ein Teil des Instruments ist eine standardisierte Analyse, die über entsprechende Dokumente im Internet zur Verfügung gestellt wird. Die Sozialplanung kann aber jederzeit über das System auch zusätzliche spezielle Auswertungen durchführen.

Von Beginn an wurde Wert darauf gelegt, dass der Sozial- und Jugendbericht möglichst ganzheitlich die Lebensrealität der Bevölkerung abbildet und daher über die im engeren Sinne „sozialen Daten“ hinausgeht. Ausgangsbasis für die Datenanalyse war das Modell der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement 2009, das individuell ergänzt und weiterentwickelt wurde. Heute umfasst der Bericht Themen wie Demografie, Einkommen, Bildung und Erziehung, Sicherheit und weitere. Nach vielen Jahren der Zusammenarbeit und der Überwindung von fachbezogenen Missverständnissen sind die Arbeitswege eingespielt und münden in eine reibungslose integrierte Zusammenarbeit. Die Dokumente des Sozialberichts können nach Fortschreibung der Daten in der Datenbank durch die Sozialplanerin Andrea Schumacher „per Knopfdruck“ aktualisiert werden.

Zusätzlich zu den statistischen Daten werden mithilfe wiederkehrender Fragebögen die Träger der Freien Wohlfahrtspflege zu ihren Einschätzungen aus der Sozialen Arbeit befragt. Die gemeinsam entwickelten Fragebögen beinhalten thematische Schwerpunkte, die durch die Einschätzungen der Fach- und Leitungskräfte befüllt werden können. Auch diese Rückmeldungen finden ihren Eingang in die Arbeit der Sozialplanung in Neuss.



Sozialatlas Stadt Neuss – Kitas in der Kartenansicht © Stadt Neuss

Die als Planungsgrundlage benötigten Daten werden zentral in zwei Datenbanken, in einem sogenannten Geodata-Warehouse, gesammelt. Dieses ermöglicht auch, Daten grafisch aufzubereiten und visuell, flächenbezogen in Kartenform über das gesamte Stadtgebiet darzustellen. Dies geschieht im „Sozialatlas“, in einer webbasierten Plattform, die sowohl eine tabellarische als auch eine georeferenzierte Darstellungsform ermöglicht.

Die georeferenziert aufbereiteten sozio-ökonomischen statistischen Daten, das heißt die erstellten thematischen Karten, können im Sozialatlas als Projektionsfläche für die Darstellung aller Einrichtungen und Angebote im sozialen Bereich im Stadtgebiet verwendet werden, denn der Sozialatlas ermöglicht die Darstellung einzelner Häuser in Punktform mit beschreibenden Merkmalen. Aktuell sind rund 1.000 niederschwellig, öffentlich zugängliche Einrichtungen, sogenannte Objekte, verzeichnet und werden fortlaufend aktualisiert. Jede Einrichtung ist unter anderem mit Trägerschaft, Adresse, Themensparte und Alter der Zielgruppen versehen.

Auch wenn der Sozialatlas als Instrument für Verantwortliche in Politik und Verwaltung entwickelt

wurde, so können aufgrund der allgemeinen Verfügbarkeit im Internet auch Bürger*innen in ihrem unmittelbaren Umfeld Einrichtungen wie Beratungsstellen, Kinder- und Jugendeinrichtungen, Kitas oder auch Stadtteilzentren finden. „Wir haben in dem öffentlichen Sozialatlas einen unmittelbaren Zugang zu den Ergebnissen der Datenanalyse geschaffen, sodass die interessierten Akteur*innen und Bürger*innen die verschiedenen Informationen sehr leicht nutzen und auch zwischen ihnen springen können“, sagt Andrea Schumacher.

Die Instrumente sind mittlerweile eng verknüpft. So können – nicht nur wie beschrieben – zum Beispiel sämtliche thematischen Karten aus der Datenanalyse als Projektionsflächen im Sozialatlas zugrunde gelegt werden. Die Datenbank hinter dem Sozialatlas bietet insgesamt mannigfaltige thematische und regionale sowie von der kleinräumigen regionalen Gliederung unabhängige räumliche Filteroptionen, die alle einzeln oder auch in Kombination genutzt werden können, um entsprechende Karten zu generieren. Der Sozialatlas ist ein variables Werkzeug, mit dem die Stadt Neuss das gewünschte Ziel einer „datenbasierten Darstellung der Lebensrealität der Menschen“ in der Stadt Neuss abrundet.

„Das Tool ist außerdem anschlussfähig“, sagt Andrea Schumacher: Seit einiger Zeit ist auch eine Verlinkung zu einem vorhandenen 3D-Stadtmodell möglich. Die Liegenschaften und Vermessung Neuss (LVN Neuss) hat in Eigenarbeit als Arbeitshilfe für die Aufgaben der Liegenschaftsverwaltung ein digitales 3D-Stadtmodell entwickelt, auf das aus dem Sozialatlas heraus allgemein oder objektbezogen gewechselt werden kann, sodass unmittelbar auch ein Eindruck von den räumlichen Dimensionen verfügbar ist und gleichzeitig gegebenenfalls auch die zusätzlichen Informationen und Tools der 3D-Anwendung, wie zum Beispiel Schattenwürfe genutzt werden können.

Im Fall der Corona-Pandemie war es zum Beispiel möglich, die räumliche Verteilung vulnerabler Gruppen auszuweisen, das heißt Wohngebiete zu identifizieren und räumlich einzugrenzen, in denen viele Menschen in einem Alter von über 80 Jahren leben. Zusätzlich konnten die stationären Pflegeeinrichtungen mithilfe des Sozialatlas sofort räumlich verortet werden.

Ferner ermöglicht er durch seine weitere Vernetzung zum 3D-Stadtmodell eine schnelle weitere räumliche Orientierung. Weil umfangreiche Ortsbegehungen in der Kürze der Zeit nicht immer möglich sind, konnte über das 3D-Stadtmodell hoch verdichtete, mehrgeschossige Bebauung schnell ermittelt werden. Mit den Erkenntnissen über dicht besiedelte Wohngebiete aus dem 3D-Stadtmodell und den sozio-demografischen Daten konnte die Stadt Neuss Sonder-Impfkationen zielgerichtet organisieren und Zielgruppen vor Ort konkret ansprechen und aktivieren. Und weil im Sozialatlas auch das ÖPNV-Netz angezeigt werden kann, schlugen die Verantwortlichen ein mögliches Bus-Shuttle zur Sonder-Impfkation vor mit den regulären Bushaltestellen als Orte für entsprechende Informationen. Diese schnellen – und weil bereits Planungsalltag – reibungslosen Auswertungen waren im ersten Pandemiejahr kurz nach Veröffentlichung des Impfstoffes eine gute Unterstützung und haben für Sonder-Impfkationen eine zielgerichtete und schnelle Standortwahl ermöglicht.



live Visualisierung © Christoph Illigens

In Krisensituationen wertvolle Zeit gewinnen

Weil die Bestands- und Bedarfsanalysen in Form von Berichten und insbesondere in Form des digitalen Tools in Neuss bereits selbstverständlicher Teil des Planungsalltags sind, konnte Andrea Schumacher sehr kurzfristig Hilfe und Unterstützung bieten und damit gemeinsam mit Kolleg*innen in Krisenzeiten schnell gezielte Reaktionen ermöglichen. Sie sagt selbst: „In Krisensituationen gewinnen wir dadurch vor allem eines: wertvolle Zeit!“

Beim Hochwasserereignis in Nordrhein-Westfalen im Juli 2021 orientierte sich die Stadt Neuss an der „Hochwassergefahrenkarte Erft“, die von den Bezirksregierungen Düsseldorf und Köln in Kooperation mit dem Erftverband zur Verfügung gestellt wurde. Mithilfe der Karte, die zusätzlich vorlag, und dem Sozialatlas, der zahlreiche Einrichtungen, wie zum Beispiel Alten- und Pflegeheime, enthielt, ließen sich durch einen schnellen Abgleich hochwassergefährdete Einrichtungen und Objekte ausweisen. Gleichzeitig konnten so auch ungefährdete Gebiete und somit Standorte für Notunterkünfte bei eventuellen Eva-

kuierungen gefunden werden. Die Verwaltung konnte durch diesen Vergleich sehen, welche Einrichtungen, auch die in nicht „sozialer“ oder städtischer Trägerschaft, in gefährdeten Gebieten positioniert sind. So konnte beispielsweise umgehend auch der Neusser Kinderbauernhof, auf dem zahlreiche Tiere gehalten werden, sehr frühzeitig informiert werden. Hier ist der Faktor der frühzeitigen Information im Rahmen der Krisenprävention und Kriseninteraktion hilfreich. „Ein Werkzeug, das im Alltag vielfältig einsetzbar ist, und durch ebenfalls verfügbare Umkreisfilter auch genutzt werden kann, um Erreichbarkeiten abzuschätzen oder auch bei radialen Gefahren, wie zum Beispiel Bombenentschärfungen Einrichtungen in den einzelnen Gefahrenzonen auszuweisen“, so Andrea Schumacher.

Die praktische Arbeit mit dem Instrument ist in Neuss an einen kontinuierlichen Optimierungsprozess gekoppelt. „Wir haben die Pandemielage zum Beispiel dafür genutzt zu veranlassen, dass die Gefahrenkarten im Sozialatlas unmittelbar eingelesen werden können. Man kann also sagen: das Instrument entwickelt sich im Zuge der Arbeit mit ihm immer weiter und wird so auch in Zukunft weiterwachsen“, resümiert Andrea Schumacher.

Für den Erfolg nennt sie zusammenfassend drei Faktoren: Der Bericht ist ganzheitlich als integriertes Werkzeug konzipiert, sodass nicht nur soziale Einrichtungen, sondern auch andere Partner*innen im Kontext sozialer Arbeit ihn nutzen können. Die zur Verfügung stehenden Daten im Sozialatlas¹ sind „gebrauchsfertig“, also aktuell und allgemein digital verfügbar. Und der Sozialatlas erlaubt es, in Krisensituationen – das hat sich ganz praktisch in der Corona-Pandemie gezeigt – wertvolle Zeit zu gewinnen und schnell reagieren zu können.

Dieser aus mehreren Werkzeugen bestehende „Werkzeugkasten“, der in Neuss im Rahmen der Sozialplanung verfügbar ist, ermöglicht eine stetige und ständige Bestands- und Bedarfsanalyse und bietet somit eine gute Planungsgrundlage für die soziale und städtebauliche Stadtentwicklung zur Krisenbewältigung.

**KONTAKT**

Stadt Neuss – Sozialplanung

Andrea Schumacher

Tel.: 02131 905302

andrea.schumacher@stadt.neuss.de

<https://www.neuss.de>

¹ Die gesamte Datenanalyse und der Sozialatlas, aber auch ein Handbuch zum Sozialatlas und zu dessen vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten sind für Nutzer*innen und/oder Interessierte auf der Internetseite der Stadt Neuss wie folgt verfügbar:
<https://www.neuss.de/leben/soziales/sozial-und-jugendbericht>

Stadt Köln

Strategische Planung und Sozialraum-
koordinator*innen als Scharnier
zwischen Verwaltung und Sozialraum



live Visualisierung © Christoph Illigens

Die Sozialplanung der Stadt Köln wird von der Stabsstelle Sozialplanung/Sozialberichterstattung umgesetzt. Das Ziel von Günter Schlanstedt, dem Leiter der Stabsstelle, und seinen Kolleg*innen ist es, „das Leben der Kölner*innen zu verbessern, denen es insgesamt nicht so gut geht“ (Stadt Köln). Die Stabsstelle setzt sich für bessere Lebensbedingungen und Teilhabechancen ein. Integrative, kooperative Sozialplanung heißt für sie in Köln: „Gemeinsam mit den Fachleuten untersuchen, planen und steuern“ (Stadt Köln). 2017 beauftragte der Rat der Stadt Köln die Verwaltung, einen Lebenslagenbericht der Kölner Bevölkerung zu erstellen. Eines der Ergebnisse dieses Beschlusses ist der 1. Kölner Lebenslagenbericht 2020. Der Lebenslagenbericht, der verschiedene Aspekte aus den Bereichen Demografie, Gesundheit, Bildung, materieller Lebensstandard, soziale Einbindung und Wohnsituation als Indikatoren nutzt, dient als Ausgangspunkt für einen kommunaleigenen Planungskreislauf, den die Stabsstelle mit vielen Kolleg*innen aus der Verwaltung verfolgt.

Die Darstellungen der Lebenslagen in Köln sind zugleich Ergebnis und Ausgangspunkt einer integrierten Zusammenarbeit zwischen vielen Fachbereichen der Stadtverwaltung (wie zum Beispiel Gesundheitsamt und Sozialamt, Amt für Integration und Vielfalt, Stadtentwicklung und weitere).

Die Stabsstelle analysiert nicht nur die Lebenslagen, sondern erhebt auch die soziale Infrastruktur, entwickelt Ziele und Handlungserfordernisse für Sozialräume, ermittelt Bedarfe und verantwortet diese vor der Bezirkspolitik und dem Rat der Stadt Köln. Sie begleitet die Projektumsetzung mithilfe von Sozialraumkoordinator*innen und überprüft die Ergebnisse – und soweit möglich – die Auswirkungen.

Impfkampagne orientiert an Lebenslagenbericht

In Zeiten der Corona-Pandemie 2020 hieß das: Der Lebenslagenbericht konnte kurzfristig aufzeigen, in welchen „Veedeln“ wie viele Menschen vulnerabler Bevölkerungsgruppen leben, die aufgrund sozio-ökonomischer Rahmenbedingungen von der Corona-Pandemie in mehrfacher Hinsicht stärker betroffen waren als andere. Dazu wurden die Sozialräume nach Altersstruktur, SGB II- und SGB XII-Bezug sowie Einwohnerdichte ausgewertet. Zudem konnte die Stadt Köln durch eine Kooperation mit dem Fraunhofer Institut IAIS die Auswertungen der Indexfälle (erkrankte Personen und Kontaktpersonen) nach Sozialräumen nutzen.² So floss die

² Die zeitlich-räumliche Verteilung von COVID-19 in Köln und beeinflussende soziale Faktoren im Zeitraum Februar 2020 bis Oktober 2021, Bundesgesundheitsblatt – Gesundheitsforschung – Gesundheitsschutz | Ausgabe 9/2022



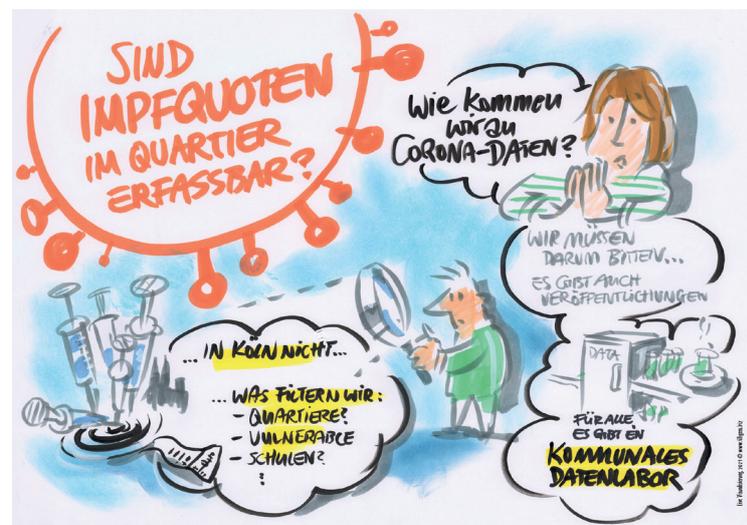
© Stadt Köln

mittlere Inzidenz des Monats April 2021 ebenso in die Analyse hinein. Günter Schlanstedt sagt dazu: „Der Auswahlprozess war keineswegs trivial, aber die Daten und damit die Wissensbasis hatten wir glücklicherweise sofort vorliegen.“ Auf diese Weise wurden sieben Gebiete identifiziert, in denen weitere Impfangebote und Sonder-Impfaktionen notwendig waren. Der Beigeordnete für Soziales, Gesundheit und Wohnen, Dr. Harald Rau, initiierte einen Beschluss des Krisenstabs Anfang 2021, Sonderaktionen in sieben Sozialräumen durchzuführen. Auf Basis dessen legte die Stabsstelle dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW ein gemeinsames Konzept von Kommunalverwaltung und Kassenärztlicher Vereinigung vor, das die Bereitstellung des Impfstoffes und eine Refinanzierung durch das Land vorsah. Letztlich konnten so mehr als 6.000 zusätzliche Impfdosen bereitgestellt werden.

Die Datenanalyse ergab auch, wie viele Menschen mit welchem sprachlichen Hintergrund in den ausgewählten Sozialräumen wohnen, sodass Angebots-

flyer und Informationsmaterial barrierearm in den jeweiligen Sprachen dort an die Menschen in ihrem unmittelbaren Wohnumfeld verteilt werden konnten. Die Stabsstelle verantwortete in enger Kooperation und Absprache mit der Feuerwehr, dem Gesundheitsamt und den Sozialraumkoordinator*innen sowie Trägern vor Ort Sonder-Impfaktionen. Sie wurden vorab mündlich, mit Flyern und Plakaten und in den Sozialen Medien intensiv beworben.

„Den Sozialraumkoordinator*innen kommt dabei eine ganz zentrale Bedeutung zu“, verdeutlicht Günter Schlanstedt. „Sie sind unser Scharnier in diese Gebiete.“ Sie ermöglichten, Netzwerkstrukturen in den Veedeln zu nutzen, um Fachkräfte, Bürgerinnen und Bürger sowie Multiplikator*innen anzusprechen, nach ihren individuellen Bedarfen zu fragen und Hilfen zu organisieren. Für diese Koordination von Umsetzung vor Ort und Rückkopplung der Informationen in die Verwaltung und Politik konnte die Stabsstelle Sozialplanung/Sozialberichterstattung das Sozialraumprogramm „Lebenswerte Veedel – Bürger- und Sozialraumorientierung in Köln“ zurückgreifen, in dem aktuell in 15 Sozialräumen jeweils eine Personalstelle bei freien Trägern als Sozialraumkoordination durch die Stadt gefördert wird.



live Visualisierung © Christoph Illigens

Und noch etwas ist der Stabsstelle durch die Impfkationen deutlich geworden: Es benötigt neben den Aktionen auch eine Überzeugungsarbeit und besondere Ansprache der Zielgruppen in den Sozialraumgebieten zum Thema Covid. Durch die Sozialplanung und den Beigeordneten Rau initiiert, hat der Rat der Stadt Köln ein Förderprogramm „Im Veedel gegen Corona – Aufklären, Testen, Impfen“ aufgelegt und 1,7 Millionen Euro bereitgestellt. Damit wurde in den 15 Sozialraumgebieten in 30 sehr verschiedenen Projekten die Bevölkerung rund um das Thema informiert und aufgeklärt.

Die gelungene Versorgung der Menschen, die in dicht besiedelten Gebieten, auf engem Wohnraum mit wenig Freiflächen sowie sprachlichen Barrieren in manchen Kölner Veedeln wohnen, zeigt, wie mit gezielten Informationen und bedarfsgerechtem Handeln in kurzer Zeit viel bewegt werden kann. Die integrierte, strategische und kooperative Sozialplanung ist ein kontinuierlicher Prozess: In einem gemeinsam von der Stabsstelle Sozialplanung/ Sozialberichterstattung und Sozialraumkoordination entwickelten Handbuch ist beschrieben, wie zukünftig die gesamtstädtische und die kleinräumige Sozialplanung verschränkt werden sollen. Im Handbuch ist festgelegt, wie Verwaltung und sozialräumliche Akteur*innen zusammenarbeiten sollen, wie die Planung und Umsetzung notwendiger Maßnahmen erfolgen soll und wie letztlich den Entscheider*innen Informationen zu Ergebnissen bzw. Wirkungen berichtet werden. „Das verbindet Top-down und Bottom-up „, sagt Günter Schlanstedt.

**KONTAKT**

Stadt Köln

V/3 Stabsstelle Sozialplanung/

Sozialberichterstattung

Günter Schlanstedt

Tel.: 0221 22129091

guenter.schlanstedt@stadt-koeln.de

www.stadt-koeln.de

Oberhausen

Integrierte Sozialraumanalyse für eine
zukunftsfähige Stadtentwicklung



live Visualisierung © Christoph Illigens

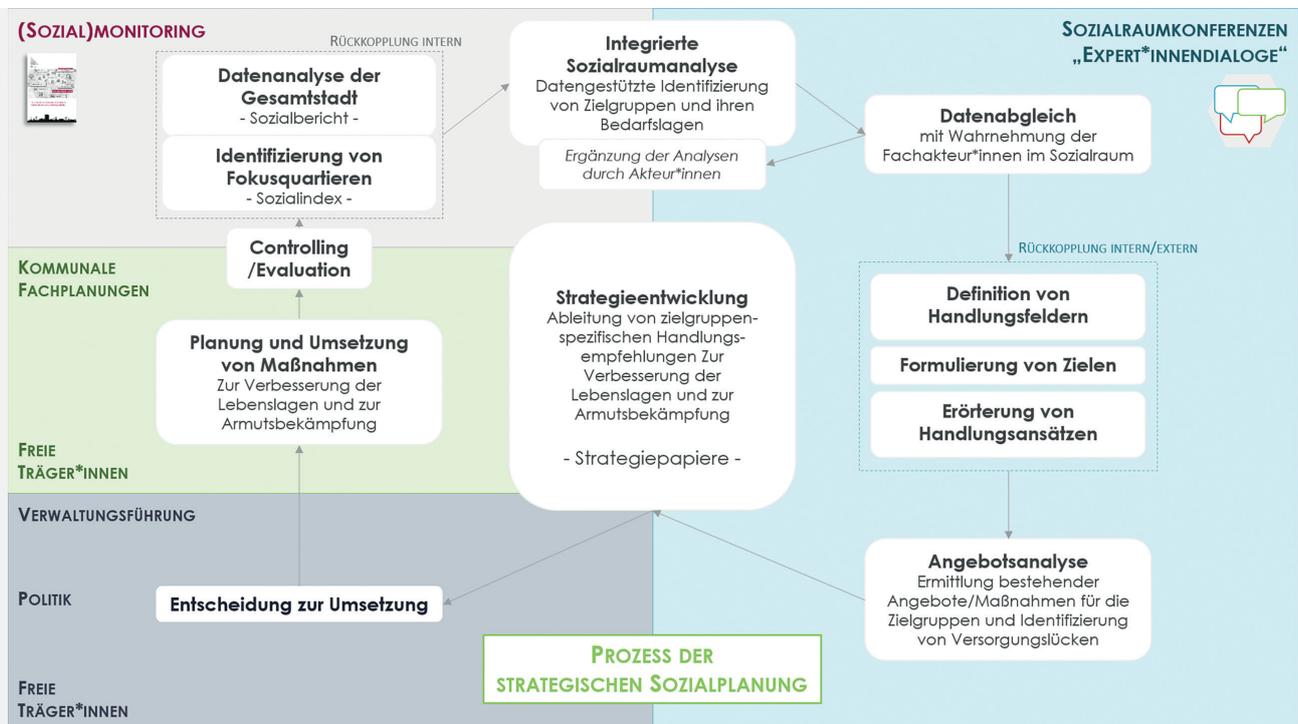
Das Team der Sozialplanung der Stadt Oberhausen besteht heute – nach einer Anschubfinanzierung des Landessozialministeriums – aus insgesamt drei Personen, die sich die vielseitigen Aufgabenbereiche der Sozialplanung teilen. Es „informiert kommunale Akteure über die soziale Lage in den sechs Oberhausener Sozialräumen beziehungsweise 27 Sozialquartieren und schafft mit dem alle zwei Jahre erscheinenden Sozialbericht eine Planungsgrundlage zur bedarfsorientierten Ressourcensteuerung“ (Stadt Oberhausen). Die Sozialplanung in Oberhausen hat zum Ziel, gesellschaftliche Teilhabechancen in allen Sozialquartieren herzustellen. Um diesem Ziel Folge zu leisten, richtet die Sozialberichterstattung einen besonderen Fokus auf Menschen, die von Armut bedroht oder betroffen sind.

Dabei besteht der Sozialplanungsprozess in Oberhausen, den die Stadt Oberhausen selbst entwickelt hat und veröffentlicht, aus zwei großen Aufgabengebieten: dem Sozialmonitoring und den Sozialraumkonferenzen. Letztere sind in Oberhausen als „Expert*innendialoge“ bekannt. Der ganze Prozess beinhaltet zahlreiche Schritte von der integrierten Sozialraumanalyse über die Strategieentwicklung bis hin zur Entscheidung zur Umsetzung.

„Im Oberhausener Stadtgebiet arbeiten mehrere hundert Institutionen und Akteur*innen direkt und indirekt daran, die Lebenslagen und Teilhabechancen der Oberhausener Bürger*innen zu verbessern. Sie liegen in unterschiedlicher Trägerschaft und sind in unterschiedlichem Maße flexibel und an veränderte Bedarfslagen anpassbar“ (Stadt Oberhausen). Daher werden die vielen Akteure konzeptionell von der Sozialplanung von vornherein mitgedacht: darunter die Verwaltung, die Verwaltungsleitung und Politik, Fachplaner*innen sowie zahlreiche Vereine, Träger der Freien Wohlfahrtspflege und weitere Expert*innen aus den Sozialräumen.

Aber wie kommen nun Verwaltung, Politik und Expert*innen zu dem Wissen, wo und wie sich Menschen, die von Armut bedroht oder betroffen sind, konzentrieren und noch viel wichtiger: Welche Bedarfe liegen in den unterschiedlichen Lebenswelten vor? Dies ist die zentrale Fragestellung im Rahmen der Sozialberichterstattung und der integrierten Zusammenarbeit mit weiteren Fachbereichen der Kommunalverwaltung. Sie erfolgt dezernatsübergreifend.

Im Rahmen der Sozialberichterstattung hat die Sozialplanung in Oberhausen vor einigen Jahren bereits einen inhaltlich aufwendig gestalteten Sozialindex entwickelt, der zum einen aus einem Statusindex



Sozialplanungsprozess Stadt Oberhausen

und zum anderen aus einem Dynamikindex besteht. Indikatoren sind zum Beispiel Alleinerziehende, Familien mit mehr als zwei Kindern, SGB II-Empfänger, Menschen mit Zuwanderungshintergrund oder auch Leistungsempfänger nach SGB XII. Das Besondere dabei: nicht nur die aktuelle Zusammensetzung der Lebenslagen und Bedarfe wird daraus ersichtlich, sondern auch die Entwicklung und Veränderung von Sozialquartieren lässt sich daran erkennen. Inhaltlich können dadurch Lebenssituationen in Bezug auf Kinderarmut, Langzeitarbeitslosigkeit, Altersarmut, aber auch die demografische Entwicklung oder der Zuzug von Menschen mit Fluchthintergrund erhoben und analysiert werden.

„Wir haben aber erkannt, dass nicht nur soziale Daten wichtig sind, und haben deshalb früh viele andere Fachbereiche angesprochen, die uns weitere Daten liefern“, so Carolin Trappmann, Sozialplanerin der Stadt Oberhausen. So sei man zu „integrierten Sozialraumanalysen“ gekommen, die im Rahmen der Expert*innendialoge in allen sechs Oberhausener Sozialräumen vorgestellt wurden, um eine ergänzende

Einschätzung der Situation vor Ort gemeinschaftlich zu treffen. Teilnehmende sind professionelle Akteur*innen aus Institutionen, wie Schulen, Kitas, Gemeinwesen-Einrichtungen oder Stadtteilbüros. Carolin Trappmann sagt dazu: „Wir wollen von diesen Fachkräften wissen: Treffen die Schlussfolgerungen, die wir aus den Sozialraumanalysen treffen, den Kern der Sache in den Quartieren? Nehmen wir die Lebenslagen und Bedarfe der Menschen vor Ort richtig wahr?“ Ausgehend von diesem Datenabgleich werden Strategiepapiere mit Handlungsempfehlungen für jeden Sozialraum erarbeitet. Die Reihenfolge der Expert*innendialoge wird mithilfe des Sozialindex bestimmt, um dort zu beginnen, wo der Handlungsbedarf am größten ist.

In Krisenzeiten Arbeit, Umwelt und Wohnen zusammengedacht

Besonders in Krisenzeiten, die klimatische Ereignisse betreffen – oder deutlicher ausgedrückt –, veränderte Klimaverhältnisse in Deutschland können anhand von Klima- und Umweltfaktoren analysiert werden.

Der Sozialindex kann kartografisch dargestellt und mit anderen Fachplanungen verschnitten werden. Im letzten Sozialbericht ist das unter den Schlagworten „Armut, Umwelt und Wohnen“ erfolgt. Aspekte, die dabei berücksichtigt wurden, waren beispielsweise dichte Bebauung, vermehrte Bildung von Hitzeinseln, geringer Luftaustausch und lufthygienische Schadstoffbelastungen. Dafür wurden kartografisch abgebildete Daten, sogenannte Klimatopen-Karten aus der Klimaanalyse des Regionalverbands Ruhr (RVR) genutzt, die öffentlich zur Verfügung steht. Aus der Verschneidung der Stadtgebiete mit bioklimatisch ungünstigen Bedingungen, sogenannten Stadt- und Innenstadtklimatopen, mit den Bereichen, die laut des Sozialindex eine erhöhte Anzahl von Menschen mit Armutsrisiken aufweisen, ergibt sich eine „Mehrfachbelastungskarte“. „Wir haben festgestellt, dass sich die Gebiete mit höheren Lärmpegeln und erhöhter Luftverschmutzung häufig mit den Quartieren mit erhöhten Armutsrisiken decken“, erläuterte Carolin Trappmann. Das trifft in Oberhausen auch auf die Bereiche mit kritischen klimatischen Bedingungen zu – sogar in noch deutlicherem Maße. Zudem haben die Menschen in diesen Gebieten einen schlechteren Zugang zu Grünflächen. So ist die Bevölkerung in einigen Stadtgebieten von multidimensionalen Benachteiligungen betroffen.

Das Klimaanpassungskonzept (KLAK) der Stadt Oberhausen sieht als Schlüsselmaßnahme unter anderem die Aufstellung eines Hitzeaktionsplanes vor. Im Gegensatz zum KLAK, welches städtebauliche Maßnahmen fokussiert, um die Bezirke der Stadt Oberhausen an sich verändernde Klimabedingungen anzupassen, richtet die Hitzeaktionsplanung ihr Hauptaugenmerk auf die Bevölkerung. Inhaltlich geht es um die Prävention von Dehydrierung und Hitzschlag bei lang anhaltender Hitze sowie Herz- und Kreislauferkrankungen.

In der integrierten Umsetzung erfolgen daraus flankierende Maßnahmen, um den Menschen, insbesondere den vulnerablen Bevölkerungsgruppen, den Umgang mit Hitzeperioden zu erleichtern. Koordiniert durch das Gesundheitsamt, soll der Hitzeaktionsplan jetzt gemeinsam mit dem Umweltamt, der Stadtentwicklung und der Sozialplanung erarbeitet werden.

In Bezug auf die klimatische Veränderung steht für Carolin Trappmann fest: „Es ist jetzt Zeit, Konzepte, wie die Hitzeaktionsplanung, auch durch sozialplanerische Konzepte zu flankieren.“ Damit das gelingt, empfiehlt sie, vonseiten der Sozialplanung auf die anderen kommunalen Fachbereiche zuzugehen und immer wieder für eine Kooperation und die gemeinsame Zusammenarbeit zu werben. Dabei erweist es sich als Vorteil, wenn transparent aufgezeigt wird, was die Sozialplanung leisten kann und vor allem: was sie zu bieten hat.

Mithilfe des Sozialberichtes 2020 und der Mehrfachbelastungskarte konnte gezeigt werden, dass der Bedarf besteht, das Thema Armut und Aspekte der Umweltgerechtigkeit bei Maßnahmen zur Klimafolgenanpassung mitzudenken.

**KONTAKT**

Stadt Oberhausen

Fachbereich 3-2-10

Finanzen/Controlling/Planung

Carolin Trappmann

Tel.: 0208 8259067

carolin.trappmann@oberhausen.de

www.oberhausen.de/sozialplanung

Stadt Velbert

„Wir kommen nur gemeinsam weiter“



live Visualisierung © Christoph Illigens

Im Hinblick auf klimatische Veränderungen und Hitze-krisen können Sozialplanung und Stadtentwicklung oder Klimaschutzplanung auch auf andere Weise zueinander finden. In Velbert ist die Stadtplanung auf die Sozial-planung zugegangen, als es um ein städtebauliches Entwicklungskonzept für die Velberter Innenstadt ging. Heike Möller, Fachbereichsleiterin Stadtentwicklung, berichtet, dass nach ihrer Beobachtung in vielen Städten eher die Stadtplanungsabteilungen mit Geoinformati-onssystemen arbeiten (in Velbert ist hier die Vermes-sung federführend) und auf die Sozialplanung zugehen, weil sie sozial-flankierende Informationen brauchen. In Velbert gehört zum Fachbereich Stadtentwicklung auch die Koordinierungsstelle Klimaschutz, sodass diese beiden wichtigen Themen bereits innerhalb eines Fachbereichs gebündelt behandelt werden. Aber auch die Zusammenarbeit mit der Sozialplanung sieht Heike Möller als selbstverständlich an. Sie ergibt sich aus ihrer Sicht zum Beispiel schon aus den Projekten, die im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“, das seit 2020 „Sozialer Zusammenhalt“ heißt, gefördert wurden und werden. Das Förderprogramm Sozialer Zusammenhalt fasst von seiner Zielsetzung bereits stadtplanerische und sozialplanerische Aspekte zusammen, nämlich die präventive – auch ökologische – Entwicklung von Quartieren und Ortsteilen sowie die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung. Es verlangt als Grundlage für eine Förderung ein kom-munales integriertes Handlungskonzept, in dem die

Stadtentwicklung auf etwa fünf bis zehn Jahre im Vo-raus plant. Im Vordergrund steht dabei der Aspekt der Prävention – also bereits frühzeitig Stadtentwicklung auf eine sozial und ökologisch nachhaltige Weise zu gestalten, sodass im Stadtgebiet ökologisch und so-zial resiliente Quartiere entstehen. Und natürlich sind es nicht Mauern und Steine, die Resilienz innehaben – bauliche Gegebenheiten sind die Grundlage für ein qualitativ hochwertiges Lebens- und Wohnumfeld und schaffen gute Rahmenbedingungen, um in Krisenzeiten weniger stark betroffen zu sein. Zudem ermöglichen nachhaltig angelegte Bau- und Grünflächenplanungen in Notsituation noch Handlungsoptionen seitens Politik, Verwaltung und Nachbarschaftshilfe.

Sozial und ökologisch nachhaltige Quartiersentwicklung

In Velbert konzentriert sich das integrierte Handlungs-konzept auf den Sozialraum Velbert-Stadtmitte. Die Ziele der Verwaltung sind, das Programmgebiet zu einem Erlebnis- und Begegnungsraum zu entwickeln, neue Gemeinschaftsangebote zu schaffen, die Aufenthalts-qualitäten zu steigern und zugleich das innenstadtnahe Wohnen auszuweiten. Die sozio-demografische Daten-analyse zeigt, dass das Quartier Velbert-Mitte im stadt-weiten Vergleich den sowohl höchsten Jugendquotienten als auch den höchsten Altersquotienten aufweist. Dazu kommt ein hoher Anteil an Haushalten Alleinerzie-

hender und hohe Fallzahlen der Hilfen zur Erziehung. Ein weiterer wichtiger Aspekt kommt für die Stadt Velbert ebenso dazu: Durch die Schaffung der EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit für Menschen aus Rumänien und Bulgarien 2015 erlebt die Stadt Velbert einen anteilig starken Zuzug. Dieser konzentriert sich in Velbert im Quartier „Unterstadt“, das unmittelbar nördlich an die Innenstadt an das Programmgebiet angrenzt. Das Quartier Velbert-Mitte hat auch den höchsten Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund im gesamtstädtischen Vergleich. Somit steht auch eine gute und gelingende Integration auf dem Ziel-Plan.

Die Kommunalverwaltung hat dafür ein erweitertes Exposé zum Integrierten Handlungskonzept verfasst, was auf die sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung des Programmgebiets abzielt und ab 2018 eine Finanzierung über das EU-Förderprogramm „Starke Quartiere – starke Menschen“ des Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen und des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen möglich machte.

Mithilfe des Integrierten Handlungskonzeptes lässt sich eine Überlappung ungünstiger stadtklimatischer Verhältnisse feststellen, was konkret hohe Wärmebelastung, Hitzeinseln und teilweise schlechter Starkregenabfluss erkennen lassen. Die ökologische Situation, das heißt der Zugang zu Grünflächen von Bürger*innen im nahen Wohnumfeld und die wenige Vernetzung von Grünflächen, zeigen allerdings ebenfalls Optimierungsbedarf. „Insgesamt ließ sich feststellen: Die schwierigen Quartiere für die Stadtplanung sind auch die schwierigen Quartiere für die Sozialplanung“, sagt Heike Möller. „Das heißt dann aber auch: Wir kommen nur gemeinsam weiter.“ Auf der Grundlage von sozio-demografischen Daten und der Beobachtungen der Stadtplanung werden in dem integrierten Handlungskonzept schlussendlich sowohl soziale als auch städtebauliche, klimatische und ökologische Ziele und Handlungsansätze, wie zum Beispiel Begrünungsmaßnahmen in überwärmten Bereichen, ökologische Aufwertung und Revitalisierung bestehender, artenarmer Grünflächen festgelegt.

Eine zentrale Maßnahme war der Umbau der Versammlungsstätte Forum Niederberg zu einem allgemein zugänglichen Begegnungszentrum, in dem ein Familienbüro, die Stadtbibliothek, Teile der Verwaltung, der Volkshochschule und vieles mehr unterkommen. Zudem wird die Musik- und Kunstschule der Stadt Velbert dort ebenso Angebote einrichten. Das Familienbüro wird eine leicht zugängliche, offene Kontaktstelle für Menschen mit Beratungs-, Informations- und Unterstützungsbedarf auf sozialer Ebene und soll ein attraktiver „Türöffner“ für Familien zur Inanspruchnahme von Service-Leistungen werden.

Seit Ende 2021 ist, wie in vielen Städten und Kreisen, ein Klimaanpassungskonzept für die Gesamtstadt in Arbeit. Dieses wird eine Verknüpfung der Aspekte Klimawandel und Demografischer Wandel in einem integrierten Konzept gewährleisten und eine aktuelle Analyse vorhandener raum- und bevölkerungsgruppen-spezifischer Risiken und Potenziale für die Themenfelder Hitze, Wasser und Sturm enthalten. Ein zukunftsweisender Ansatz dabei ist, dass perspektivisch die Einbindung von Gebäudeeigentümern von „Problemimmobilien“ auch mit Ordnungsinstrumenten und Geboten in die Verantwortung gezogen werden und dass die Stadt Velbert das Ziel verfolgt, dezentrale niederschwellige Treffpunkte zu ermöglichen. Dazu sollen Bürger*innen im Wohn- und Lebensumfeld, die als vulnerable Bevölkerungsgruppe identifiziert werden, in Teilnehmungsformaten einbezogen werden. Diese Formate dienen auch dazu, über das Thema zu informieren und das öffentliche Bewusstsein für die Problematik zu schärfen. Darin sieht Heike Möller einen wichtigen Schritt zur Gesundheitsvorsorge. Damit das gelingt, ist eine Zusammenarbeit mit den örtlichen Trägern der Sozialarbeit von Beginn der Konzeptaufstellung bis zur Umsetzung der Maßnahmen vorgesehen.

**KONTAKT****Heike Möller**

Stadt Bochum (seit Nov. 2022)

Amt für Stadtplanung und Wohnen

Tel.: 0234 9102500

HMoeller@bochum.de

www.bochum.de

Zusammenfassung

Man mag sich fragen: Corona-Pandemie, Überschwemmungen oder extreme Hitzewetterlagen als Folgen des Klimawandels, was hat das mit Sozialplanung zu tun? Der Zusammenhang zwischen sozialer Lage und gesundheitliche Belastung beziehungsweise einer Prävalenz für Covid-Erkrankungen ist im Zuge der Corona-Pandemie immer wieder durch Studien belegt worden und durch die Presse in den öffentlichen Diskurs gelangt. Auch der Zusammenhang zwischen günstigem, beengtem Wohnraum in Quartieren mit wenigen Grün- und Naherholungsflächen und sozialer Lage ist hinreichend bekannt und wird aufgrund steigender Mieten auf dem Wohnungsmarkt in den letzten zehn Jahren immer wieder proklamiert.

Umso wichtiger ist es folglich, von reaktiven Strategien zu einer präventiven, zukunftsgerichteten Strategie und einem entsprechenden Management zu kommen. Letzteres macht es möglich, ad-hoc auf besondere Situationen zu reagieren – im besten Fall unabhängig davon, welcher Ausnahmezustand auf uns zukommt.

Sozialplanung umfasst gute, kollegiale Netzwerke, valide und verlässliche Datengrundlagen sowie die Vernetzung zwischen Verwaltung und Quartier. All diese Faktoren können kurzfristig genutzt werden, um im Rahmen der Daseinsfürsorge und -vorsorge Bürger*innen, die von Armut bedroht oder betroffen sind oder andere Unterstützungsbedarfe haben, Hilfestellungen und Unterstützungsleistungen zukommen zu lassen.

Vier gute Beispiele unter vielen guten Beispielen in Nordrhein-Westfalen zeigen, wie dies im Rahmen von Sozialplanung möglich ist: in Neuss und Oberhausen durch eine breite, intensiv analysierte Datengrundlage, die kurzerhand mit öffentlich zugänglichen Daten zu Umweltfaktoren ergänzt werden kann. Sie erweist sich als notwendige Basis um Hilfszentren, Evakuierungen oder Anlaufstellen zu implementieren – dort, wo sie notwendig sind.

Kollegiale Netzwerke mit Trägern der Freien Wohlfahrtspflege und ein strategisches Handeln von und aus der Verwaltung heraus mit Sozialarbeiter*innen vor Ort in die Sozialräume ermöglichen in Köln, konkrete Bedarfe zu erfahren, Sprachbarrieren zu überwinden und Bürger*innen vor Ort zu informieren und in Notsituationen zu begleiten.

Eine integrierte Zusammenarbeit mehrerer Verwaltungsbereiche aus unterschiedlichen Dezernaten und eine langfristige städtebauliche Entwicklung über mehr als fünf Jahre hinweg unter Berücksichtigung der sozialen Aspekte zeigen in Velbert auf, wie der nahe Wohn- und Lebensraum verbessert und dadurch die Resilienz der Menschen stärkend gestaltet werden kann. So kann die ämterübergreifende Zusammenarbeit zum Beispiel Fachämter aus Verkehr, Stadtplanung, Gesundheit, Umwelt und Soziales umfassen, um gleichzeitig und gemeinsam Armuts-, Gesundheitsbelastungs- und Klimafolgen in den Blick zu nehmen.

Gabriele Schmidt, Referatsleiterin im Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, resümiert 2021: „Der integrierte Ansatz wird von vielen Kommunen heute ganz selbstverständlich mitgetragen. Das war 2008, als unsere jährliche Veranstaltungsreihe zur Sozialplanung startete, oder sogar noch vor fünf Jahren noch nicht abzusehen. Ich bin immer wieder überrascht, was die Kommunen trotz der vielen Probleme, die sie haben – noch einmal besonders verstärkt durch die Corona-Pandemie –, alles auf den Weg bringen. Dafür vielen Dank.“